

Berlin kifft

UNABHÄNGIG-ÜBERPARTEILICH-LEGAL

 Hanf Journal

Hasch & Squash

Österreich. - Nach einem positiven Test auf Cannabisabbauprodukte ist Clemens Wallishäuser (31), Österreichs Nummer eins in Squash, lebenslang gesperrt worden. Der erfolgreiche Sportler aus Linz war bereits vor vier Jahren einmal bei einem Cannabistest aufgefallen. Ein im März gewonnener Staatsmeistertitel wird ihm nachträglich wieder aberkannt.

Es ist schon seltsam genug, dass Erwachsenen (die 85% der aktuellen Konsumenten ausmachen) der Erwerb oder Besitz von Cannabis mit der Begründung verboten wird, dass bei Jugendlichen (die jenes Verbot ganz locker ignorieren) unter seinem Einfluss Schulleistungen nachlassen könnten. Dass dann aber das selbe Kraut bei Spitzensportlern wie ein Mittel zur unfairen Leistungssteigerung behandelt wird, macht die Lage nur noch seltsamer. Wie soll man das einem Jugendlichen vermitteln? Mit jedem erfolgreichen, kiffenden Spitzensportler, den die Sportverbände aufgrund eines Cannabistests sperren, machen die Sportverbände Werbung für Cannabis.

Quelle: www.cannabislegal.de/...

 DISKUTIEREN


<http://www.online-headshop.de>

BRD. - Besser als erwartet, schlechter als erwünscht ist zumindest das absehbare Ergebnis zur Frage Cannabis-Freigabe in Berlin. Denn erwartet hatten alle Beobachter, dass die so genannte „geringe Menge“ zum Eigenverbrauch in Berlin von sechs bis 15 Gramm auf 15 Gramm hochgesetzt wird. Dies wurde jedoch vom Rechtsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses nochmals erweitert und nun auf 15 bis 30 Gramm erhöht – eine wirkliche Verbesserung also. Das erwünschte Modellprojekt mit einer Abgabe von Cannabis in Berlin ist jedoch gescheitert. Dennoch wäre die Erhöhung der Eigenverbrauchsmenge in Berlin, von dem die PDS-Politikerin Minka Dott überzeugt ist, „dass die Mehrheit des Hauses diesem Vorschlag zustimmt“, wie sie dem Hanf Journal verriet, ein revolutionärer Akt. Denn dies wäre seit langer Zeit endlich ein Schritt in Richtung Liberalisierung – und das bedeutet eben auch einen Richtungswechsel in der Politik und der war mehr als notwendig.

Wie schon berichtet, beschloss der Gesundheitsausschuss, „... dass bei Taten in Bezug auf den Umgang mit Cannabis-Harz oder Marihuana in einer Bruttomenge von nicht mehr als 15 Gramm (bisher sechs Gramm) Ermittlungsverfahren grundsätzlich einzustellen sind“. Dieser Beschluss wurde gerade von der Hanf-Szene als Augenwischerei bezeichnet, da laut Auskunft des Berliner Innensenators Dr. Ehrhart Körting derzeit eh schon die meisten Fälle bei Mengen bis 15 Gramm Cannabis-Harz eingestellt wurden. Im Rechtsausschuss, der in dieser Frage die Leitfunktion innehat, wurde dieser Antrag jedoch noch um einen Satz erweitert. Eine von den Grünen eingebrachte und von fast allen Fraktionen – außer natürlich der CDU - zugestimmte Erweiterung, die eine deutliche Verbesserung beinhaltet, wurde beschlossen. Darin heißt es: „Darüber

hinaus sollen Ermittlungsverfahren unter den in Ziffer II Nr. 2 der o. g. Verfügung genannten Voraussetzungen bis zu einer Bruttomenge von 30 g Cannabis-Harz oder Marihuana eingestellt werden können.“ Dass es zu diesem revolutionären Erfolg gekommen ist, verdankt Berlin wohl der geschickten Verhandlung einiger Politiker sowohl aus dem Regierungs-, als auch aus dem Oppositionslager.

Schon bei den Anhörungen oder bei der Podiumsdiskussion im Abgeordnetenhaus zeigte sich, dass es in den Fraktionen von PDS, Grünen, FDP und auch bei der SPD Personen gibt, die an einer sachlichen, nüchternen und effektiven Lösung interessiert sind. So haben Volker Ratzmann (Bündnis 90/Die Grünen) und Martin Matz (FDP) mit ihren Anträgen erst die Diskussion um eine Liberalisierung ins Rollen gebracht und dann haben wohl Politiker wie Minka Dott (PDS) oder auch Thomas Kleineidam (SPD) innerhalb ihrer Fraktionen für die notwendige Mehrheit gesorgt. Ein inhaltliches Zusammenspiel, das am Ende der Sache dient.

Das Abgabemodell scheint dieses Mal keine Rolle mehr zu spielen, denn mit einer Überraschung in der Plenarsitzung ist wohl eher nicht zu rechnen. Dies ist zwar sehr schade, denn gerade ein solcher Modellversuch, wie er im ersten Antrag der Grünen oder der FDP gefordert wurde, würde uns wissenschaftlich um Jahre voranbringen, doch kann man auch von rot-rot regierten Städten nicht zu viel auf einmal erwarten. Für immer vom Tisch ist so ein Modellversuch jedoch noch lange nicht. Für die PDS ist das Thema „Drogen“ nach wie vor aktuell und brisant. Eine neue Broschüre zu diesem Thema ist gerade in Druck gegangen, wie wir von Minka Dott erfahren durften.

(weiter auf Seite 2)



Suchtbericht 2004

Der Konsum von Cannabis hat sich in Deutschland weiter verbreitet. Hatten im Jahre 2000 noch 21% der 18-59-jährigen Westdeutschen und 11% der Ostdeutschen angegeben, schon einmal Cannabis konsumiert zu haben, waren es 2003 schon 26% im Westen und 15% in Osten. Noch höher war die Rate bei jungen Erwachsenen (18-24 Jahre), mit 42,7%. Drei Jahre vorher waren es dort noch 36%. Diese Zahlen sind im Drogen- und Suchtbericht 2004 der Bundesregierung zu finden, der am Donnerstag, 22.04.2004 vom Gesundheitsministerium vorgestellt wurde. War Cannabiskonsum Anfang der 90er Jahre in den neuen Bundesländern fast unbekannt, hat sich das Konsumverhalten im Osten inzwischen weitgehend an westliche Verhältnisse angeglichen. Der Osten holte auf, obwohl sich auch in den alten Bundesländern in dieser Zeit die Konsumverbreitung mehr als verdoppelte. Die betont strenge Strafverfolgung im Osten kann also keine Erfolge vorweisen. Bei den 18 bis 24-jährigen sind die regionalen Unterschiede in der Konsumverbreitung inzwischen minimal. So hatten 22% der Westdeutschen und 19,6% der Ostdeutschen dieser Altersgruppe in den letzten 12 Monaten konsumiert.

Mit einem Anteil von 6,8% der Bevölkerung zwischen 18 und 59, die in den vergangenen 12 Monaten Cannabis konsumiert hatten, übertrifft Deutschland die Niederlande, wo laut einer Untersuchung im Jahre 2001 nur 5% der Bevölkerung Erfahrungen mit Cannabis hatten. Eine von den Politikern wie selbstverständlich angenommene Bremswirkung des strafrechtlichen Verbots auf das Konsumverhalten lässt sich in der Realität laut der im Auftrag der Bundesregierung ermittelten Zahlen nicht feststellen. Ohne eine solche Wirkung ist das Cannabisverbot aber verfassungswidrig, da in Grundrechte eingreifende Mittel sowohl geeignet als auch erforderlich sein müssen.

Quelle: [DISKUTIEREN](#)



Worte des Großen Vorsitzenden



Wir werden die gebildetsten Amerikaner der Welt haben.
George W. Bush

Lob & Kritik? Eigene Vorschläge & Ideen? Einfach mal seinen eigenen Senf dazu geben?



Mail an: leserbriefe@dopeamsonntag.de

Termine 2004:

19.Juni, **Hamburg:**
Hanfmove

26.Juni, **Essen:**
Pottdemo
(neuer Termin!)

14.August, **Berlin:**
Hanfparade

4.September, **Rostock:**
2.Rostocker-Hanfpest
www.rostocker-hanfpest.de

10.-12.September, **Berlin:**
InterHanf 2004 (Messe)
www.interhanf.com

24.-26.September, **Köln:**
CannaBusiness

Berlin kiffit

(Fortsetzung von Seite 1)

Schließlich gibt es nach ihren eigenen Angaben noch genug Aufklärungsarbeit zu verrichten. Recht hat sie da. Mehr zu diesem Werk aber in der nächsten Ausgabe des Hanf Journals.

Auch von den Grünen und von der FDP kann man nun erwarten, dass sie das Thema nicht einfach abschreiben. Martin Matz von der FDP hat schon angekündigt, sich dafür einzusetzen, dass sich die Bundes-FDP für eine Legalisierung ausspricht. Und die Grünen, nun gut, die haben wohl genügend Möglichkeiten, auf Bundesebene wenigstens kleine Erfolge zu erarbeiten.

Die PDS hat erstmals gezeigt, dass man oder auch frau es schaffen kann, die SPD von einer sinnvollen Politik zu überzeugen. Mal sehen, ob das die Grünen auf Bundesebene auch jemals schaffen werden.

Werner Graf

Quelle: www.hanfjournal.de
[DISKUTIEREN](#)

